

390/AB
= Bundesministerium vom 31.03.2025 zu 634/J (XXVIII. GP)
bmaw.gv.at
 Arbeit und Wirtschaft

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
 Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.155.770

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)634/J-NR/2025

Wien, am 31. März 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat MMag.^a Pia Maria Wieninger und weitere haben am 27.02.2025 unter der **Nr. 634/J** an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Anhäufung von Schadenersatzleistungen durch Fehlbesetzungen** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5

- *Mit welchen Schadenersatzforderungen ist Ihr Haus derzeit, beziehungsweise war Ihr Haus unter Einbeziehung nachgeordneter Bereiche (also durch Ihr Haus beaufsichtigte Unternehmen des Bundes etc.) generell in den Jahren 2017 bis 2025 konfrontiert (bitte um nähere Angaben zu Materie und Zeitpunkt)?*
 - *Welche Fälle davon stehen im Zusammenhang mit Postenbesetzungen?*
- *Welcher finanzielle und personelle Aufwand Entstand [sic] durch die Anerkennung beziehungsweise Abwehr dieser Ansprüche, insbesondere in Bezug auf Fälle im Zusammenhang mit Postenbesetzungen?*
- *Welche Zahlungen leistet beziehungsweise leistete Ihr Haus aufgrund von Schadenersatzansprüchen, die in einem Zusammenhang mit arbeitsrechtlichen beziehungsweise postenbesetzungsbezogenen Sachverhalten stehen (bitte um anonymisierte Angaben), tatsächlich?*

- *Auf Basis welcher Grundlage (insbesondere Urteil welcher Instanz) wurden in den jeweiligen Fällen tatsächlich Zahlungen geleistet?*
- *Welche dieser Fälle stehen in einem Zusammenhang mit Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission?*

Im abgefragten Zeitraum gab es im Bereich der Zentralleitung des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft keine Schadenersatzforderungen und somit auch keine Zahlungen im Zusammenhang mit Postenbesetzungen oder Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

